

"Wir sind im Krieg mit der Regierung"

Interview: Florian Bayer

11.11.2020, ZEIT Online

Marta Lempart ist Mitinitiatorin der Organisation Allpolnischer Frauenstreik, die seit dem Urteil des polnischen Verfassungsgerichts am 23. Oktober zur Verschärfung des Gesetzes zu Schwangerschaftsabbrüchen eine halbe Million Menschen in mehr als 500 Städten und Dörfern in Polen mobilisieren konnte. Es sind die größten Proteste im Land seit der Unabhängigkeit im Jahr 1989. Die Regierung hat inzwischen die Veröffentlichung des neuen Gesetzestextes verschoben. Seit einigen Tagen wird die 41-jährige Juristin und frühere Beamtin im öffentlichen Fernsehen als Staatsfeindin dargestellt.

ZEIT ONLINE: Frau Lempart, wie geht es Ihnen?

Marta Lempart: Ich erhalte täglich rund 300 Drohungen, per Anruf, Kurznachricht, E-Mail und auch per Post. Ich habe zudem mein Zuhause verlassen und bin ausgezogen, weil sie auch meine Adresse veröffentlicht haben und es nicht mehr sicher ist. Ich war seit zwei Wochen nicht mehr in meiner Wohnung.

ZEIT ONLINE: Aber Sie sind wohlauf?

Lempart: Ja. Der massive Gegenwind zeigt, dass ich etwas richtig mache. Ich bin quasi Titelthema in allen Regierungsmedien.

ZEIT ONLINE: Sie sind seit 2015, als die rechtskonservative Partei für Recht und Gerechtigkeit (PiS) an die Macht kam, in zahlreichen Protestbewegungen führend aktiv: Czarny Protest, Nationaler Frauenstreik, Komitee zur Rettung der Demokratie. Was ist an den aktuellen Protesten anders?

"Die Menschen sind sehr wütend"

Lempart: Die Menschen sind sehr wütend, weil die Regierung sich inmitten der Corona-Krise, wo Gesundheitsversorgung, Schulsystem und Wirtschaft zusammenbrechen und Priorität sein sollten, auf Schwangerschaftsabbrüche und Frauenrechte einschießt. Unsere früheren Proteste haben aber die Grundlage für unsere jetzigen Aktionen gelegt.

ZEIT ONLINE: Hat die Regierung unterschätzt, wie groß der Widerstand gegen die Verschärfung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch sein würde?

Lempart: Ich weiß nicht, ob sie sich überhaupt Gedanken gemacht hat. Es kann gut sein, dass der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński schlichtweg vergessen hat, beim Verfassungsgericht anzurufen und die Gesetzesänderung auf einen passenderen Zeitpunkt zu verschieben.

ZEIT ONLINE: Erstmals wird auch direkt gegen die in Polen so mächtige katholische Kirche demonstriert.

Lempart: Nachdem unzählige Kirchenvertreter artikuliert haben, wie glücklich sie mit der Verschärfung sind, wollten wir ein Zeichen setzen und haben in mehreren Kirchen demonstriert. Das war aber wohl einmalig. Wir treten für ein säkulares Polen ein, die Hauptfeindin bleibt aber die Regierung. Mittlerweile leider auch die Polizei und die Strafbehörden, die nur noch im Sinne der PiS agieren, nicht aber im Sinne des Staats und der Bürgerinnen und Bürger.

ZEIT ONLINE: Wie sind die Proteste organisiert?

Lempart: Dezentral und bottom-up. Es gibt zwei Gremien zur Koordinierung. Im Helpdesk, wo auch ich sitze, sammeln wir Spenden, kümmern uns um die Organisation, verteilen Materialien und schlagen gemeinsame Aktionen vor.

Daneben gibt es den Konsultativrat, bestehend aus rund 200 Aktivistinnen und Aktivisten, Expertinnen, Experten, Bürgerinnen und Bürgern. Der Rat ist in 13 Arbeitsgruppen organisiert und bündelt die verschiedenen Forderungen. Wofür kämpfen die Menschen auf der Straße, wie können sie es erreichen? Dafür suchen wir Lösungen.

"Die EU sollte beginnen, sich für uns zu interessieren"

ZEIT ONLINE: Die polnische Opposition ist seit Jahren zersplittert. Wie viel Parteipolitik kann und soll in die Proteste fließen?

Lempart: So viel, wie die Menschen wollen. Wir müssen Politiker nicht zwangsläufig ausschließen, dürfen uns aber auch nicht unter Druck setzen lassen. Viele haben wertvolle Erfahrung, die wir nutzen können. Wir dürfen uns aber vor keinen Karren spannen lassen.

ZEIT ONLINE: Ihre Bewegung hat mehrere Forderungen. Sie wollen unter anderem unabhängige Gerichte, einen Rücktritt der Regierung, mehr Rechte für Frauen, ein besseres Gesundheitssystem und die Abschaffung des Religionsunterrichts. Besteht nicht die Gefahr, zu breit zu werden und zu viel zu wollen?

Lempart: Niemand darf den Leuten vorschreiben, wofür sie protestieren dürfen und wofür nicht. Natürlich wäre es bequemer zu sagen: Es gibt fix definierte Ziele, die sich nicht mehr ändern. Aber es geht nicht mehr um die Frage, ob bequem oder nicht. Unsere Aufgabe ist es, möglichst alle Protestierenden zu erreichen und zu fragen, wo sie Hilfe brauchen.

ZEIT ONLINE: Heute feiert Polen die 1918 wiedererlangte Unabhängigkeit. Alljährlich ziehen am 11. November Zehntausende Nationalisten durch die Stadt, wohl auch diesmal und trotz der Pandemie.

Lempart: Kaczyński hat in den letzten Wochen gezielt Neofaschisten zur Gewalt angestachelt und zur Verteidigung Polens aufgerufen. Das ist aber nicht unser Kampf. Statt einer Gegendemo haben wir für heute ein achttündiges Online-Event organisiert: Wir säubern Foren und Social Media von Hatespeech, laden zu Expertenrunden und schreiben gemeinsam Protestmails an die Regierung.

"Wir brauchen Schutz vor der Polizei"

ZEIT ONLINE: Die Corona-Neuinfektionen in Polen steigen rasant, rund 50 Prozent aller Tests sind positiv. Wie geht es mit den Protesten weiter?

Lempart: Wir dürften eigentlich auch jetzt nicht demonstrieren, denn erlaubt sind – übrigens laut einer verfassungswidrigen Verordnung – nur noch Versammlungen von bis zu fünf Personen. Das hält uns aber auch jetzt nicht vom Protestieren ab. Deshalb werden die Proteste auch nach einem harten Lockdown weitergehen.

ZEIT ONLINE: Die Regierung behauptet, Sie würden mit Ihren Protesten die Corona-Ausbreitung beschleunigen.

Lempart: Das ist Propaganda, alles erlogen. Der Verantwortliche für das Schwangerschaftsabbruchsgesetz ist Kaczyński, nur wegen ihm demonstrieren wir. Er ist auch derjenige, der entscheidet, wie es weitergeht. Ich will aber eigentlich nicht über die Regierung und ihre Propaganda reden.

ZEIT ONLINE: Was wünschen sie sich von der EU und den Mitgliedsstaaten?

Lempart: Sie sollten beginnen, sich für uns zu interessieren, denn wir kämpfen für die europäischen Grundrechte. EU-Politiker und -Politikerinnen sprechen zu unserer repressiven, lügenden, kriminellen Regierung, anstatt auf die Bürgerinnen und Bürger zu hören. Es gibt zwar einzelne positive Stimmen im Europäischen Parlament, aber es passiert zu wenig zu spät.

Die Europäische Kommission sollte endlich das Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Polen vorantreiben, anstatt zu warten, bis wir alle im Gefängnis sitzen. Wir brauchen Schutz vor der [Polizei](#) und vor den Strafbehörden.

ZEIT ONLINE: Man sagt, nirgendwo in Europa sei die religiöse, politische, gesellschaftliche Spaltung tiefer als in Polen. Was kann man dagegen tun?

Lempart: Es obliegt einer dann neuen Regierung, die Wunden zu heilen. Dafür gibt es Spezialisten und sicher auch eine Lösung. Ich aber bin nicht da, um nett zu sein oder Mediation zu machen. Ich werde jetzt gebraucht, denn wir sind im Krieg.